



Gemeinde Windisch  
Protokoll des Einwohnerrates  
Sitzung vom 20. Januar 2016

Seite:  
1

<b>Vorsitz</b>	Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP)	
<b>Protokoll</b>	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II	
<b>Präsenz</b>	19.00 Uhr	38 Mitglieder
<b>Entschuldigungen</b>	Christian Locher (SVP) Werner Rupp (SVP)  Rosi Magon, Vizeammann (SP)	
<b>Versand</b>	31. März 2016	
<b>Genehmigung</b>	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 25. April 2016 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.	

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP), eröffnet die 240. Sitzung des Einwohnerrates und heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter willkommen.

### **Traktandenliste**

- Inpflichtnahme von Daniel Brassel (EVP), Stefan Fehlmann (EVP) und Gilberto Accogli (FDP) als Mitglieder des Einwohnerrates
- 1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
- 2 2016.09\* Kreditabrechnung Neubau Gehwege und Werkleitungen Kestenberg- und Schwimmbadstrasse; Genehmigung
- 3 2016.13\* Kreditabrechnung Sanierung Kanalisation Reussprallhang; Genehmigung
- 4 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes
- 41 2016.01 Daniela Schüttpelz, Deutschland
- 42 2016.02 Gauthaman Logeswaran, Sri Lanka
- 43 2016.03 Nilhan Pekel, Türkei
- 44 2016.04 Marco und Fabio Bertolino, Italien
- 45 2016.05 Safak Gümüs, Türkei
- 46 2016.06 Claudia Nguyen, Vietnam
- 47 2016.07 Gabriele Lau, Deutschland
- 5 2016.10\* Verpflichtungskredit Netzausbauten und Erneuerungen Klosterzelg / Reutenen
- 6 2016.11\* Verpflichtungskredit 2. Tranche Inlinersanierung 2015/16 Umsetzung GEP; Vorbereitungsarbeiten Phase 2
- 7 2016.14 Ersatzwahl Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2014/2017
- 8 2016.12 Motion Philipp Umbricht (FDP) und Mitunterzeichner betreffend Einführung eines internen Kosten-Kontrollsystem; Beantwortung
- 9 2016.08 Motion Christian Locher (SVP) und Mitunterzeichner betreffend Projektbezogenes Qualitätsmanagement; Beantwortung
- 10 Beantwortung von gestellten Fragen
- 11 Mitteilungen des Gemeinderates
- 12 Neueingänge

**Inpflichtnahme von Daniel Brassel (EVP), Stefan Fehlmann (EVP) und Gilberto Accogli (FDP) als Mitglieder des Einwohnerrates**

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP) nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 in Pflicht:

- Daniel Brassel (EVP)
- Stefan Fehlmann (EVP)
- Gilberto Accogli (FDP)

**1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten**

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP):

Todesfall Eduard Bohren

Am 8. Januar 2016 ist Dr. Eduard Bohren nach kurzer Krankheit gestorben. Er war vom 1. Januar 1970 bis 31. Dezember 1985 Präsident der Schulpflege. Während diesen 16 Jahren sind unter anderem drei Schulhäuser, ein Kindergarten und die Sporthalle gebaut worden. Von 1986 bis 1989 war Eduard Bohren auch Mitglied des Einwohnerrates. In den letzten 30 Jahren hat er sich mit seiner ruhigen, prägnanten Schaffenskraft stark für Menschen mit geistigen Behinderungen engagiert, so auch beim Aufbau von regionalen Institutionen. Während vielen Jahren war er Präsident und Stiftungsratsmitglied der Werkstatt für Behinderte und des Wohnheims Domino. Auch im Stiftungsrat für das Lebenswerk von Margrit Fuchs war Eduard Bohren aktiv. Sein Wirken als Direktor der damaligen HTL hat nicht nur in Windisch und Umgebung Spuren hinterlassen, nein, im ganzen Kanton Aargau. Am Aufbau der Fachhochschule Nordwestschweiz war er ebenfalls beteiligt. Für sein grosses Wirken und Engagement wurde Eduard Bohren und seiner Frau im Jahre 1999 das Ehrenbürgerrecht der Einwohnergemeinde Windisch verliehen. Windisch, aber auch die vielen Institutionen sind Eduard Bohren zu grossem Dank verpflichtet. Wir wünschen den Hinterbliebenen viel Kraft und Trost.

---

Gedenken Eduard Bohren

---



#### Postautobuslinie Unterdorf

Am Sonntag, 13. Dezember 2015, ist der Postautobetrieb an Sonntagen ins Unterdorf eröffnet worden. Auslöser war eine Motion im Einwohnerrat, diese hat der Gemeinderat am 18. März 2015 beantwortet. Obwohl externe Stellen involviert waren erfolgte die Umsetzung extrem schnell, es dürfte die Schnellste der Geschichte sein. Der Einwohnerrat hat die Umsetzung auf den Fahrplanwechsel 2016 beschlossen. Diese Wünsche wurden übertroffen.

#### Neujahrsapéro

Am 4. Januar hat Gemeindeammann Heidi Ammon zahlreichen Einwohnern beim Neujahrsapéro im Foyer des Campussaals ein gutes, neues Jahr gewünscht. Ihr Wunsch ist, im Jahre 2016 Spuren zu hinterlassen, die Windisch weiterbringen, damit auf diese in Zukunft stolz zurückgeschaut werden kann. Schauen wir, welche Spuren der Einwohnerrat in den nächsten zwei Jahren hinterlässt.

#### IceDream Fachhochschule

Leute aus nah und fern haben die Eisbahn auf dem Gelände der Fachhochschule genutzt, am 11. Januar wurde die Anlage wieder abgebrochen. Viele hoffen, dass dieses Angebot auch im Winter 2016/17 besteht.

#### Einwohnerratssitzung vom 16. März 2016

Für die nächste Sitzung vom 16. März 2016 sind nur Einbürgerungsgesuche, Kreditabrechnungen und die Beantwortung eines Postulats behandlungsreif. Ich teile die Ansicht des Gemeinderates, deshalb auf die Sitzung vom 16. März 2016 zu verzichten. Voraussichtlich ist im Juni mit einer Doppelsitzung zu rechnen.

#### Anlass mit dem Einwohnerrat Brugg

Ein gemeinsamer Anlass ist geplant, detaillierte Angaben sind im Moment noch nicht möglich.

#### **Präsidial-Ansprache Einwohnerratspräsident Anton Burger**

Ich oute mich nicht gerne als Redner, trotzdem führe ich die bewährte Tradition weiter. Vor zwei Jahren wurde ich als Vizepräsident gewählt. Nicht die Aufgabe, sondern der

Sitzplatz während den Sitzungen hat mich erschreckt. Im 8. Stock vor einem Fenster, das bis zum Boden geht, ein gefährlicher Platz für einen Menschen mit Höhenangst. Ich habe trainiert und schwindelerregend hohe Berge bestiegen, wie beispielsweise der Mythen mit sehr kritischen Wegen. Ich bin über 150 Meter hohe Brücken gewandert, nicht geschafft habe ich den Geissacher-Turm. Das Training hat sich positiv ausgewirkt: Ich habe das Amt des Vizepräsidenten ohne nennenswerte Probleme ausführen können. Dies gibt mir auch für die nächsten zwei Jahre ein gutes Gefühl, der Boden wird halten und ich werde nicht abstürzen.

Windisch hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Campussaal und Fachhochschule, wichtige Bauten für Windisch, sind fertiggestellt, viele Wohnüberbauungen gebaut worden. Die Einwohnerzahl von Windisch ist gestiegen.

Ist Windisch fertig gebaut, gibt es keine Aufgaben mehr? Diese Frage muss ich mit Nein beantworten. Die Infrastruktur von Windisch ist der Situation anzupassen, zu sanieren, zu ergänzen. Der Gemeinderat hat noch viele Geschäfte für den Einwohnerrat vorzubereiten.

Wohin will Windisch in Zukunft? Die Revision der Bau- und Nutzungsordnung wird dazu einige Antworten geben müssen. Werden mehr Flächen für Neubauten geschaffen oder kann nur noch verdichtet gebaut werden? Windisch ist als geschichtsträchtiger Ort, von den Römern bis zum Fachhochschulstandort, nie stehen geblieben. Windisch arbeitet auf die Zukunft ausgerichtet. Da für grosse Überbauungen keine Landreserven mehr zur Verfügung stehen, sind entsprechende Möglichkeiten zu schaffen. Der Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben ist gegenüber nicht gewinnorientierten Organisationen grössere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Lösung unserer kommunalen Infrastrukturprobleme erfordert einen höheren Steuerertrag. Ich meine nicht neue, sondern den Unterhalt der bestehenden Anlagen. Ich befürworte moderate Anpassungen der Wohnfläche zu Gunsten von Wohnen, Gewerbe und Industrie.

Es ist wichtig, dass heute eine grössere Gemeinde im Wachstumswettbewerb, als Wirtschaftsstandort und mit guter Wohnlage bestehen kann. Es braucht aber auch regionale Stärke, regionale Zentren, welche gegenüber den anderen Regionen im Kanton konkurrenzfähig sind. Überall wird versucht, gute Firmen, welche Arbeitsplätze schaffen und Steuererträge generieren, anzulocken. Der regionale Gedanke muss bei der Planung immer präsent sein. Mit den anderen Gemeinden muss der regionale Gedanke noch mehr impliziert werden.

Windisch ist in kurzer Zeit stark gewachsen. Viele Menschen sind nach Windisch gezogen, wohnen und geniessen ihre Freizeit hier. Nur, sind diese auch integriert? Vereine, Parteien und Behörden verzeichnen keinen grossen Mitgliederzuwachs. Kandidieren

nächstes Jahr wieder dieselben Leute für den Einwohnerrat wie vor vier Jahren? Können neue Einwohner für eine aktive Mitarbeit gewonnen werden? Es gibt gute Integrationsbeispiele in Windisch, Vizepräsident David Roth könnte uns dazu viel erzählen. Wie können wir die neuen 1'000 Einwohner mit den bisherigen 6'500 Einwohnern vernetzen? Die Vernetzung sollte nicht erst beim altersbedingten Umzug in die Sanavita erfolgen. Besteht in den nächsten Jahren Anlass für ein grösseres Volksfest? Viele erinnern sich noch an die 2000-Jahrfeier im Jahre 1986. Vereine und Quartiere haben diesen Grossanlass miteinander organisiert. Wäre die Organisation eines Volksfestes nicht eine gute Gelegenheit, neue und bisherige Einwohner zu vernetzen? Sammeln Sie Ideen, machen Sie sich Gedanken! Sinnbildlich stelle ich für das Sammeln der Ideen einen grossen Korb bereit.

Zum Ratsbetrieb: Ich erwarte dass der Rat gut vorbereitet ist und die Voten offen äussert. Grundlage für die Beratungen ist das Gelübde und das Geschäftsreglement: „Die Mitglieder fördern das Ansehen und die Wohlfahrt der Gemeinde Windisch, unter Beachtung von Verfassung und Gesetz.“ Es dürfen keine Einzelinteressen verfolgt werden. Danke für die konstruktive Mitarbeit. Der Presse danke ich für eine ausführliche und objektive Berichterstattung über die Beratungen. Diese ist eine gute Werbepattform für den Einwohnerrat und hilft mit, den neuen Einwohnern die politischen Verhältnisse näher zu bringen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

## 2 2016.09

### **Kreditabrechnung Neubau Gehwege und Werkleitungen Kestenbergr- und Schwimmbadstrasse; Genehmigung**

(Botschaft vom 30. November 2015)

Bruno Graf, Präsident FiGPK (SP): Wir haben die Kreditabrechnung geprüft, vor Ort eine Besichtigung vorgenommen und die durchgeführte Submission überprüft. Es ist alles in Ordnung, wir empfehlen die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Eintreten ist unbestritten.

#### Detailberatung

Matthias Zehnder (SP): Die SP-Fraktion würdigt die gute Zusammenarbeit mit dem privaten Bauherrn. Diese hat schlussendlich zur Kreditunterschreitung geführt. Ich wei-

se auf ein kleines Manko hin, welches vielleicht mit dem nicht beanspruchten Kredit behoben werden kann. Die Velofahrer, welche von Hausen Richtung Windisch fahren, werden Richtung Kreisel Baschnagel geleitet. Nicht alle wollen weiter zur Reutenenstrasse, viele sind in Richtung Zentrum unterwegs. Diese Velofahrer sind gezwungen auf der Hauserstrasse weiterzufahren, was unzumutbar ist. Die Velofahrer sind bei der Abzweigung Schwimmbadstrasse auf die Kestenbergstrasse zu leiten, damit sie sicher Richtung Zentrum fahren können.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Es liegt die Kreditabrechnung vor und das Projekt ist abgeschlossen. Zulasten eines abgerechneten Kredits können keine Arbeiten mehr ausgeführt werden.

#### Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Genehmigung Kreditabrechnung „Neubau Gehwege und Werkleitungen Kestenberg- und Schwimmbadstrasse“.

### **3 2016.13**

#### **Kreditabrechnung Sanierung Kanalisation Reussprallhang; Genehmigung**

(Botschaft vom 7. Dezember 2015)

Fredy Bolt, Mitglied FiGPK (SP): Wir haben die Abrechnung geprüft, sie ist in Ordnung. Es wurde sehr gut budgetiert. Aufgrund der Unsicherheiten war der Einbau einer Reserve sinnvoll. Erfreulicherweise wurde diese nicht benötigt. Wir empfehlen die Genehmigung der Kreditabrechnung.

Eintreten ist unbestritten.

#### Detailberatung

Barbara Scheidegger (CVP): Die CVP-Fraktion dankt den beteiligten Personen und ganz speziell Herr Rauber, dem Projektleiter. Dank der Unternehmervarianten konnte bereits bei Baubeginn mit gegenüber dem Kostenvoranschlag tieferen Kosten gestartet werden. Trotz schwieriger Voraussetzungen und hohen technischen Anforderungen wurde das Projekt erfolgreich abgeschlossen. Wir stimmen der Genehmigung zu.

#### Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Genehmigung Kreditabrechnung „Sanierung Kanalisation Reussprallhang“.

### **4 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes**

41 2016.01

Daniela Schüttpelz, Deutschland

(Botschaft vom 25. November 2015)

Eintreten ist unbestritten.

#### Detailberatung

Andrea Höbel-Neuhaus (CVP): Ich kenne Daniela und Simon Schüttpelz persönlich. Simon ist ein aufgestellter Junge und mit meiner Tochter Hannah befreundet. Mutter und Sohn sind immer irgendwo anzutreffen, für mich sind es liebe Nachbarn.

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Daniela Schüttpelz und ihrem Sohn Simon Hannes wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.



- 42 2016.02  
Gauthaman Logeswaran, Sri Lanka  
(Botschaft vom 31. August 2015)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Andrea Höbel-Neuhaus (CVP): Gauthaman geht mit meinem Sohn Fabian in die gleiche Klasse. Er ist ein aufgestellter Junge, weiss was er will und macht sehr gerne Leichtathletik. Er ist bei uns zu Hause ein gern gesehener Gast.

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Gauthaman Logeswaran wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

- 43 2016.03  
Nilhan Pekel, Türkei  
(Botschaft vom 31. August 2015)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Nilhan Pekel wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

44 2016.04

Marco und Fabio Bertolino, Italien  
(Botschaft vom 25. November 2015)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Marco Bertolino wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Fabio Bertolino wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

45 2016.05

Safak Gümüs, Türkei  
(Botschaft vom 25. November 2015)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Safak Gümüs wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

- 46 2016.06  
Claudia Nguyen, Vietnam  
(Botschaft vom 25. November 2015)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Claudia Nguyen wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

- 47 2016.07  
Gabriele Lau, Deutschland  
(Botschaft vom 25. November 2015)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Andrea Höbel-Neuhaus (CVP): Gabriele Lau kenne ich ebenfalls sehr gut. Sie kommt regelmässig mit ihrem Enkelsohn bei uns vorbei, ist immer für einen da und hat ein offenes Ohr. Wir schätzen Gabriele Lau sehr als Nachbarin.

Der Einwohnerrat fasst mit 39 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Gabriele Lau wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

5 2016.10

**Verpflichtungskredit Netzausbauten und Erneuerungen Klosterzelg /  
Reutenen**

(Botschaft vom 1. Dezember 2015)

Matthias Treier, Gemeinderat: Auf den ersten Blick fallen die hohen Kosten für dieses Projekt auf. Der zweite Blick zeigt, dass wir sehr viele problematische Bereiche lösen können, sofern das Projekt wie vorgeschlagen realisiert werden kann. Der Campus ist nur mit Stichleitungen erschlossen und die Realisierung des Ringschlusses ist für das EW zur Sicherung und Stabilisierung der Versorgung sehr wichtig. Das Wasserwerk hat ebenfalls Investitionsbedarf. Das Netz soll ausgebaut und das Stufennetzwerk gesichert werden. Dieses verbindet später die Netzwerke von Windisch und Brugg miteinander, was für die Notwasserversorgung wichtig ist. Die Wasserleitungen müssen erneuert werden. Beim Abwasser sind die Leitungen defekt oder zu klein dimensioniert und es besteht die Gefahr, dass das Wasser bei starken Regenfällen nicht mehr abfließt. Dieser Mangel wird mit dem vorliegenden Projekt behoben. Die Lebensdauer der Strassen ist teilweise überschritten. Sie müssen saniert werden, damit die im Boden liegenden Leitungen keinen Schaden nehmen und die Strassen die Anforderungen weiterhin erfüllen. Auch einige kleinere Investitionen werden umgesetzt. Zur Senkung der Stromkosten werden LED-Leuchten eingesetzt. In der unteren Klosterzelgstrasse wird die Lücke im Löschschutz geschlossen, bisher gab es keine Wasserleitung. Ein Hydrant wird gestellt, welcher im Brandfall zum Einsatz kommt.

Diese Vorlage hat eine Flut von Fragen ausgelöst und wir haben uns bemüht, diese zu beantworten. Ich danke den Mitarbeitenden der Verwaltung für die kompetente Mitarbeit. Ich gehe davon aus, dass alle Fragen beantwortet sind, auch diejenigen der FIGPK. Heute haben wir noch eine graphische Zusammenstellung der Kostenverteilung abgegeben. Wir hoffen, dass diese Illustration zur Klärung beiträgt.

Bruno Graf, Präsident FIGPK (SP): Dieses Geschäft hat uns über die Festtage stark beschäftigt. Peter Hartmann und Daniel Brassel haben den Lead übernommen. Der Sanierungsbedarf ist ausgewiesen, die Ausbauten sind notwendig und in der Werterhaltung abgebildet. Die Kosten sind in Finanzplan und Budget enthalten. Es haben sich deshalb vor allem politische Fragen gestellt. Die Kostenbeteiligung der Kabelwerke ist im Einwohnerratsprotokoll vom 13. Juni 2012 festgehalten. Der Kostenteiler für die Strassensanierung wird nicht begründet, deren Auslöser sind die Investitionen der Spezialfinanzierungen. Zur Entlastung der Gemeinderechnung sind die Spezialfinanzie-

rungen mit höheren Kostenanteilen zu belasten. Bei der Prüfung zeigten sich Unstimmigkeiten zwischen den Zahlen in der Botschaft und den weiteren vorliegenden Unterlagen. Weder die Verwaltung, noch der Gemeinderat, konnten die entsprechenden Fragen beantworten. Am 5. Januar 2016 haben wir mit Gemeinderat Matthias Treier einige Fragen geklärt, die angesprochenen Punkte konnten nicht ausreichend beantwortet werden. Die anwesenden FiGPK-Mitglieder haben deshalb einstimmig Rückweisung beschlossen. Unser Bericht vom 5. Januar hat heftige Reaktionen und Aktionen ausgelöst. Es freut uns, dass die Berichte gelesen und ernstgenommen werden. Offensichtlich haben wir einige kritische Punkte aufgegriffen und Gemeinderat und Verwaltung haben sich nochmals gründlich mit dem Projekt auseinandergesetzt. Gestern wurden wir über die Abklärungen informiert, eine Überarbeitung des Berichts war jedoch nicht mehr möglich. Beim Kanton wurde die Kostenbeteiligung der Kabelwerke rechtlich abgeklärt. Es ist Aufgabe des Gemeinderates darüber zu informieren, der Entscheid über die Rückweisung liegt beim Einwohnerrat.

Eintreten ist unbestritten.

#### Detailberatung

Gegeckas Algimantas (CVP): Wir wissen, dass dieses Geschäft notwendige Sanierungen beinhaltet, trotzdem beantragen wir Rückweisung. Wir gehen mit der FiGPK einig, einige Punkte sind nicht sauber ausgearbeitet.

Die Quartierstrasse wird für die Kabelwerke ausgebaut und soll mit 50-Tonnen Lastwagen und noch grösseren Fahrzeugen befahren werden. Diese Quartierstrasse wird wesentlich stärker belastet als üblich. Der Schweizerische Strassenbauer setzt einen Lastwagentransport in dieser Grössenordnung mit 10'000 Fahrzeugen gleich. Die Kabelwerke nutzen die Strasse für den internen und externen Verkehr. Diese starke Nutzung muss gewichtet werden, die Kabelwerke müssen sich an den Mehrkosten beteiligen. Eine Information fehlt in der Botschaft, dieser Fehler muss behoben werden. Die zusätzlichen Kosten belasten unsere angeschlagenen Finanzen noch mehr. Wir geben nicht Forfait, es liegt in unserem Interesse, die Finanzen im Griff zu haben.

Zum zweiten Punkt: Das Verkehrsregime der Kabelwerke ist mit einer Vereinbarung zu regeln, die vorgegebenen Verkehrswege müssen eingehalten werden. Zur Kostenaufteilung der Strassensanierung äussern wir uns nicht, die FiGPK hat diesen Punkt angesprochen. Der Gemeinderat hat heute den Kostenteiler ergänzend illustriert abgegeben. Die Risikoeinschätzung beinhaltet allfällige Überraschungen bei den Bauarbeiten,

nicht jedoch die Sicherheit der Kinder. Dies erhöht die Kosten nochmals, weil die Kabelwerke ihren Betrieb normal weiterführen. Dies führt immer zu Gefahren und muss bei den Finanzen berücksichtigt werden.

Robert Kamer (FDP): Der Gemeinderat hat dieses Geschäft sehr gut vorbereitet und dokumentiert. Es wurde durch die FiGPK einer detaillierten Prüfung unterzogen. Es liegen genügend Fakten für einen Entscheid vor. Wenn wir immer alle Entscheide bis zur Vorlage des kleinsten Details verschieben, lähmen wir den Ratsbetrieb und verzögern die Geschäfte unnötig. Die FiGPK weist in ihrem Bericht auf einige offene Punkte hin. Wir werden in der Detailberatung eine Änderung des Kostenverteilers beantragen und einen Zusatzantrag bezüglich Kabelwerke stellen.

Paul Bitschnau (SP): Wir sind gegen eine Rückweisung, eine Beratung ist möglich. Der Bedarf ist ausgewiesen, die Vorlage ist gut. Einige Punkte haben zu intensiven Diskussionen geführt. Bruno Graf und Fredy Bolt vertreten als Fachleute eine andere Meinung als der Rest der Fraktion. Aus unserer Sicht kann das Projekt unterstützt werden. In der Detailberatung werden wir ebenfalls einen Änderungsantrag stellen.

Marco Valetti (SVP): Wir lehnen Rückweisung ab, die Gründe haben die Vorredner ausgeführt.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP-Fraktion hat die Haltung der FiGPK geteilt. Aufgrund der ergänzenden Informationen des Gemeinderates, die wir kurz vor der Sitzung erhalten haben, können wir die Vorlage nun unterstützen.

Fredy Bolt (SP): Ich gehe mit der CVP einig. Die Erschliessung des Areals Kabelwerke zeigt, wie wenig diese Vorlage durchdacht ist. Diese sind über die Industrie- und Klosterzelgstrasse erschlossen und soll den Lastwagen das Manövrieren und das Wenden auf dem Areal ermöglichen. Die eine Strasse soll als Zufahrt, die andere der Wegfahrt dienen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Alle Quartierbewohner wissen, dass die Strassen durch die Lastwagen in beiden Richtungen befahren werden. Mit dieser Sanierung kann nun das Verkehrsregime baulich gesichert werden. Mit einer Umgestaltung der Kreuzung beim Restaurant Brunegg, dem Entgegenkommen der Kabelwerke, einige Rollen an einem Ort zu lagern und 50m<sup>2</sup> Fläche abzugeben, wäre es möglich, die Erschliessung auf die Industriestrasse zu beschränken. Ein uraltes Anliegen der Quartierbewoh-

ner könnte damit erfüllt werden. Die Situation wurde zu wenig umfassend geprüft, ich befürworte die Rückweisung.

Martin Gautschi (FDP): Aus Sicht der FDP-Fraktion ist einem Punkt noch Beachtung zu schenken. Die Abteilung Planung + Bau leistet sehr gute Arbeit und setzt sich intensiv mit den Investitionen auseinander. Diese Baufachleute wollen mit den Bauarbeiten beginnen. Die langwierige Überprüfung und Bearbeitung durch den Einwohnerrat bis ins letzte Detail kann zu einem Motivationsverlust der Mitarbeitenden führen. Diesem Punkt müssen wir Beachtung schenken. Die Vorlage ist sehr gut vorbereitet und wir müssen mit der Realisierung beginnen, ansonsten wird die Sanierung nie durchgeführt.

Matthias Treier, Gemeinderat: Die CVP verlangt, dass die aus dem Lastwagenverkehr resultierenden Mehrkosten für die Strassensanierung durch die Kabelwerke finanziert werden. Um Beiträge einfordern zu können, benötigen wir eine Rechtsgrundlage. Eine solche besteht jedoch nicht. Die Benützung einer Strasse löst keine Beitragspflicht aus, im Gegenteil, die Gemeinde hat eine gesetzliche Erschliessungspflicht. Wir müssten sonst bei jedem Haus einen Zähler installieren um zu sehen, wer wie häufig, welche Strasse benützt. Die Rechtsabteilung des Kantons erachtet die Nutzung einer Strasse durch Lastwagen als bestimmungsgemäss. Dies heisst nicht, dass diese Strasse übermässig benutzt wird. Bestehende Strassen sind zum Befahren da.

Zur Risikoeinschätzung bezüglich einem Unfall verweise ich auf die Projektziele auf Seite 4 der Botschaft: „Gewährleisten der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer“. Dieser Punkt ist uns sehr wichtig, es darf keine Unfälle geben bei diesem Projekt.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Noch ein Hinweis auf das übergeordnete Verkehrssystem. Dieses Gebiet wird früher oder später mit der Südwest-Umfahrung verbunden. Die Strategie des Gemeinderates ist, die Südwest-Umfahrung bis zu den Kabelwerken weiterzuführen. Dies ist im Rahmen des Agglo-Programms erst 2020 bis 2025 möglich. Dem Gemeinderat fehlen die Rechtsgrundlagen, um bei den Kabelwerken Beiträge einzufordern. In Zusammenhang mit der Realisierung der Südwest-Umfahrung sollen bei den Kabelwerken Beiträge geltend gemacht werden.

#### Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 6 Ja- gegen 31 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Rückweisung des Geschäftes wird abgelehnt.

Robert Kamer (FDP): Wie bereits erwähnt, erachten wir die Vorlage als gut, beantragen jedoch eine Änderung des Kostenverteilers der Strassensanierung. Die FiGPK bemängelt, dass diese Kosten zu je 50% der Einwohnergemeinde und den Spezialfinanzierungen belastet werden sollen. Die erhaltene Übersicht stellt dies bildlich dar. Auslöser des Projektes sind die schadhafte Abwasserleitungen und die Sicherheit der Stromversorgung. Wir beantragen, 40% der Kosten der Strassensanierung der Einwohnergemeinde, dafür 30% der Abwasser- und 15% der Elektrizitätsversorgung zu belasten. Wir müssen über 12 Verpflichtungskredite abstimmen, drei Strassenabschnitte und 4 Kostenträger sind betroffen. Mein Excel war nicht in der Lage, die Kostenverteilung neu zu berechnen, ich hätte 9 Abänderungsanträge schreiben müssen. Ich habe deshalb den Antrag gesamthaft formuliert: 60% der Kosten für die Strassensanierung sind durch die Spezialfinanzierungen Abwasser und Strom und 40% durch die Einwohnergemeinde zu übernehmen.

Paul Bitschnau (SP): Unser Antrag ist identisch. Kostenauslöser sind die finanziell gesunden Spezialfinanzierungen. Zur Entlastung der Einwohnergemeinde müssen wir diesen Spielraum ausnutzen. Noch ein zweiter Punkt: Verhandlungen mit den Kabelwerken müssen nicht per se scheitern. Wir haben andere Vorstellungen bezüglich des Auftretens. Fredy Bolt reicht gestützt auf § 103 des Baugesetzes „Benutzen des öffentlichen Strassen- und Manövrierraumes“ ein Postulat ein. Mit den Kabelwerken kann langfristig eine Lösung für die Abgeltung des gesteigerten Gebrauchs der Strassen gefunden werden. Wir wissen nicht, wann das Baugesuch für den Tower eingereicht wird. Bis dahin zu warten ist keine Lösung. Verzögerungen wären die Folge und die Strassen haben grossen Sanierungsbedarf.

Die Anwohner im Quartier sind irritiert, die Aussagen von Gemeindeammann Heidi Ammon habe ich nicht verstanden. Will der Gemeinderat nicht über das Verkehrsregime diskutieren oder geht es aufgrund der übergeordneten Regelung nicht? Wenn die Chance besteht, das Verkehrsregime für die Anfahrt der Lastwagen neu zu regeln, ist dies im Interesse der Anwohner umzusetzen. Dieses Geschäft unterliegt der Volksabstimmung. Der Lastwagenverkehr stört die Anwohner und sie müssen einen Nutzen sehen. Obwohl die Bachmattstrasse für den Lastwagenverkehr gesperrt ist, benützen viele Chauffeure bei Stau diese Route zu den Kabelwerken. Sollte es eine Möglichkeit



geben, den gesamten Lastwagenverkehr über die Industriestrasse zu führen, wäre dies für die Anwohner mehr als gut. Dies war meine persönliche Haltung, die SP stimmt dem Geschäft und dem Abänderungsantrag von Robert Kamer zu.

Barbara Scheidegger (CVP): Die Antworten zu den Verhandlungen mit den Kabelwerken sind unbefriedigend. Wir stellen folgenden Zusatzantrag: „Der Gemeinderat verhandelt vor der Volksabstimmung mit Brugg Kabel AG einen angemessenen Kostenbeitrag an die Sanierung der Klosterzelgstrasse und der Bachmattstrasse.“ 2007 und 2008 haben die Gemeinderäte Scheiwiler, Wipfli und Verwaltungsleiter Friedli mit der Brugg Kabel AG Verhandlungen geführt. In der Folge hat die Brugg Kabel AG schriftlich eine Beteiligung von Fr. 65'000.00 an der Sanierung der Klosterzelgstrasse zugesichert. Mit der bestehenden Grundhaltung sind Verhandlungen von Anbeginn an zum Scheitern verurteilt. Wir gehen nicht als Bittsteller zu den Kabelwerken, wir fordern den zugesprochenen Beitrag ein.

Bernhard Stüssi (SVP): Mich erstaunt die Haltung, welche der Einwohnerrat gegenüber einem Unternehmen einnimmt. Der Präsident ruft zur Förderung des Gewerbes auf, weil wir nur noch über wenige Baulandreserven verfügen. Ich wehre mich nicht gegen eine Lösung mit den Kabelwerken. Rechtliche Tricks sind zu unterlassen, diese hätten eine schlechte Signalwirkung. Gewerbe soll nicht nach Windisch gelockt werden, um es dann finanziell auszunehmen.

Marco Valetti (SVP): Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen. Wir unterstützen die gute, detaillierte Vorlage, ebenso den Zusatzantrag. Scheinbar liegt eine schriftliche Zusage der Kabelwerke für eine Kostenbeteiligung von Fr. 65'000.00 vor. Ein solches Schreiben habe ich noch nie gesehen. Die Beitragsleistung muss grundsätzlich geprüft werden. Mit dem Bau des Towers investieren die Kabelwerke Millionen. Die Einnahmen aus den Anschlussgebühren werden einiges über dem Betrag von Fr. 65'000.00 liegen. Ist es taktisch geschickt, Gespräche zu führen, zumal rechtliche Grundlagen fehlen und wir auf den Goodwill angewiesen sind? Gibt es den Brief oder nicht?

Bruno Graf, Präsident FiGPK (SP): Mir ist wichtig, dass Gespräche geführt und mit den Kabelwerken eine Auslegeordnung gemacht wird. Ich bin heute Morgen über das erwähnte Schreiben informiert worden. Gestützt auf diesen Fakt können wir als Partner auftreten. Wir verbessern die Situation der Kabelwerke. Uns, aber auch der FiGPK ist

wichtig, die Kabelwerke in den Prozess einzubinden, damit heikle Fragen, wie der spezielle Belag für die grossen Lastwagen, im Gespräch geklärt werden können.

Robert Kamer (FDP): Unser Zusatzantrag geht in die von Bruno Graf gewünschte Zielrichtung. Es wird reklamiert, dass mit den Kabelwerken nicht über eine Kostenbeteiligung verhandelt wurde. Die Aussagen sind widersprüchlich, scheinbar gibt es eine Zusage, ob diese schriftlich vorliegt wissen wir nicht. Unser Zusatzantrag hat zum Ziel, mit den Kabelwerken eine Gesamtschau zu verschiedenen Themen zu erarbeiten, so auch die Kostenbeteiligung. Wir haben 38 Parkplätze an die Kabelwerke vermietet. Fr. 10'000.00 Mehreinnahmen bei der Miete ergeben kapitalisiert Fr. 200'000.00. Der Einfluss des geplanten Towers muss diskutiert werden. Zwischen der Industrie- und unteren Klosterzelgstrasse besteht eine private Verbindung. Die Einräumung eines öffentlichen Fusswegrechtes durch das Areal würde diese wesentlich verkürzen. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Gespräche vor der Volksabstimmung aufzunehmen.

Matthias Treier, Gemeinderat:

---

Erläuterung Graphik Kostenverteiler Strassensanierung

---

Zusammenfassend werden nur 20% der Kosten für die Strassensanierung durch die Gemeinde finanziert. Wir belasten die Kosten sehr grosszügig den Spezialfinanzierungen. Wir bitten den Vorschlag des Gemeinderates zu genehmigen und die Spezialfinanzierungen nicht noch mehr zu belasten. Dies wäre sehr schwierig zu begründen.

Generell zum Lastwagenverkehr: Die Gemeinde hat eine gesetzliche Erschliessungspflicht, der Industriebetrieb befindet sich seit Jahrzehnten in diesem Gebiet. Ob dieser heute noch hier angesiedelt würde, bezweifle ich. Aber, die Kabelwerke haben eine Daseinsberechtigung und bieten wichtige Arbeitsplätze für die Gemeinde und die Region an. Es liegt keine verbindliche Zusage der Kabelwerke vor. Das erwähnte Papier war lediglich die Verhandlungsgrundlage. Es kann kein Betrag eingefordert werden, der nicht verbindlich zugesagt ist. Die CVP verlangt eine Beteiligung der Kabelwerke an den Sanierungskosten der Bachmatt- und Klosterzelgstrasse. Diese Beteiligung ist noch schwieriger zu begründen. Es ist möglich, dass Lastwagenfahrer fälschlicherweise die Bachmattstrasse benutzen. Dies hat jedoch keinen Zusammenhang mit der Finanzierung der Strasse, sondern mit der Durchsetzung des Fahrverbotes. Ich bitte den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Kostenverteiler zu genehmigen.

Philipp Ammon (SVP): Ist der Antrag zum Kostenverteiler überhaupt umsetzbar? Er will den Kostenverteiler 50% / 50% ändern. Der Kostenverteiler stimmt effektiv nicht mit der Annahme des Zusatzantrages überein. Das Resultat sind komplett andere Zahlen, die dem Antrag nicht mehr entsprechen. Es wäre sehr kontraproduktiv, wenn die Gemeinde am Schluss mehr bezahlt, als in der Vorlage vorgesehen. Ich empfehle den Rückzug des Antrags.

Robert Kamer (FDP): Unser Antrag will die Kosten 60%/40%, anstatt 50%/50% verteilen. Möglicherweise habe ich den Verteiler falsch verstanden. Wenn 40 Einwohnerräte einen Kostenteiler falsch verstehen muss der Gemeinderat seine Darstellungen inskünftig transparenter gestalten. Ich bin mir nicht sicher, ob ich den Antrag zurückziehen soll und beantrage eine kurze Unterbrechung um das weitere Vorgehen in der Fraktion zu beraten.

Barbara Scheidegger (CVP): Oben auf dem Papier wäre genügend Platz vorhanden, um die Gesamtkosten gestützt auf die Prozentzahlen aufzuführen. Die Darstellung ist nicht verständlich.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): 80% der Gesamtkosten der Strassensanierung werden den Spezialfinanzierungen belastet, bei der Strassensanierung verbleiben 20%. Nach meiner Interpretation ist der Anteil der Strassensanierung so höher, als im Zusatzantrag. Aus verschiedenen Varianten wurde eine für alle Spezialfinanzierungen tragbare Lösung gewählt. Gegenüber der Bevölkerung ist sie rechtlich vertretbar und somit nicht anfechtbar. Eine die Spezialfinanzierungen zu stark belastende Vorlage löst bei der Bevölkerung und den Unternehmungen die Befürchtung aus, dass Gebührenerhöhungen folgen. Eine zu starke Belastung der Spezialfinanzierungen ist anfechtbar. Ich bitte den vom Gemeinderat ausgearbeiteten Kostenteiler zu genehmigen.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Im Vergleich der Gesamtkosten von 4.29 Mio. Franken mit den einzelnen Projekten beträgt der Anteil der Einwohnergemeinde rund Fr. 850'000.00, was 20% der Gesamtkosten entspricht. Also nicht nur vom Strassenanteil, wie es bezeichnet ist, sondern von den Gesamtkosten.

Marco Valetti (SVP): Die Strasse ist mit Fr. 833'000.00 veranschlagt. 20% dieser Kosten, oder rund Fr. 160'000.00, gehen zu Lasten der Gemeinde.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Nein, Fr. 850'000.00 gehen zu Lasten der Gemeinde.

---

Sitzungsunterbruch

---

Robert Kamer (FDP): Wir haben mit der SP-Fraktion eine Lösung gefunden. Der Kostenteiler soll von 50%/50% auf 40%/60% geändert werden. Dies entlastet die Einwohnergemeinde um 10% oder Fr. 167'000.00. Diese 10% werden zusätzlich den Spezialfinanzierungen Abwasser und Elektrizität belastet. Wir halten am Änderungsantrag fest.

Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II: Der Kostenteiler wird nicht zur Beschlussfassung unterbreitet. Es ist deshalb ein Zusatz- und kein Änderungsantrag.

Martin Schibli (EVP): Die Kostenverteilung finden wir grundsätzlich gut, die Plausibilität ist jedoch nicht nachvollziehbar. Ich weiss keine Lösung für das weitere Vorgehen. Ich möchte das Geschäft gerne genehmigen, die Zahlen der Kostenverteilung müssen vor der Volksabstimmung nochmals gerechnet werden. Ich bin mir nicht sicher, ob der Kostenteiler stimmt und alle vom gleichen sprechen.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Die Volksabstimmung muss über den Gesamtkredit von 4.29 Mio. Franken und nicht über die Detailprojekte befinden. Der Antrag von Robert Kamer verlangt die Änderung der internen Kostenverteilung. Vor der Abstimmung über die Teilprojekte gelangt der Antrag von Robert Kamer zur Abstimmung.

Barbara Scheidegger (CVP): Das Votum von Martin Schibli verunsichert zusätzlich, weil die Grafik nicht mit den Zahlen übereinstimmt. Diese müssen mit der Graphik übereinstimmen. Mit der Annahme des Zusatzantrages schaffen wir eine ganz andere Situation. Ich finde eine Abstimmung ohne genaue Zahlen sehr heikel.

Dave Roth (SP): Nach meiner Beurteilung stimmt die Grafik, ebenso die Zahlen. Fr. 833'000.00 ist nur der Anteil.

Marco Valetti (SVP): Für den oberen Teil der Strasse sind 1.6 Mio. Franken budgetiert. Werden diese zu 50%/50% aufgeteilt, verbleiben Fr. 833'000.00. Dies entspricht 20% der Gesamtkosten, die Strassensanierung ohne Werkleitungen kostet somit 4.29 Millionen Franken.

Philip Ammon (SVP): Ich bitte die Umsetzung der eingereichten Anträge zu prüfen. Es ist nicht Aufgabe des Einwohnerrates über die Umsetzung zu diskutieren. Entweder sind sie umsetzbar und können dem Volk unterbreitet werden oder eine Diskussion erübrigt sich. Die Diskussion über die Änderung des Kostenverteilers finde ich sehr schwierig. Für mich gibt es nur zwei Varianten: Robert Kamer passt die Kosten für alle Teilprojekte gemäss seinem Vorschlag an oder den Stimmbürgern wird ein pauschaler Antrag unterbreitet: „Sind sie einverstanden, wenn 40% der Einwohnergemeinde und der Rest den Werken belastet wird?“. Wir sind auf die Vorlage eingetreten und müssen einen Entscheid fällen. Mein Ordnungsantrag: Ist eine Abstimmung über diese Zusatzanträge überhaupt möglich?

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Eine Abstimmung ist möglich, die Kostenaufteilung auf die einzelnen Projekte ist auf Seite 16 ersichtlich. Robert Kamer will die Aufteilung der Gesamtkosten ändern, diese bleiben unverändert.

Philip Ammon (SVP): Der Kostenverteiler ist Bestandteil dieses Geschäftes. Bei einer Änderung müssen der Antrag und die Kosten bei den Teilprojekten entsprechend angepasst werden.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Die Gesamtsumme von 4.29 Mio. wird der Volksabstimmung unterbreitet und nicht die Kostenaufteilung. Ich schliesse nun die Diskussion und gehe zu den Abstimmungen.

#### Offene Abstimmungen

Zusatzantrag Robert Kamer (FDP)

Der Einwohnerrat fasst mit 19 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Verteilschlüssel betr. Kosten der Strassenerneuerung sei dahingehend zu ändern, dass die Einwohnergemeinde statt der geplanten 50% nur deren 40% übernimmt. Dafür soll die Spezialfinanzierung Abwasser 30% statt 25% und die Spezialfinanzierung Elektrizitätswerk 15% statt 10% übernehmen.

Basis sind die Gesamtkosten Fr. 1'667'000.00, d.h. Entlastung Einwohnergemeinde ca. Fr. 167'000.00 und Zusatzbelastungen Abwasser und EW je ca. Fr. 83'000.00.

Zusatzantrag Barbara Scheidegger (CVP)

Der Einwohnerrat fasst mit 15 Ja- gegen 14 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat verhandelt vor der Volksabstimmung mit Brugg Kabel AG einen angemessenen Kostenbeitrag an die Sanierung der Klosterzelgstrasse und der Bachmattstrasse.

Zusatzantrag Robert Kamer (FDP)

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja- gegen 9 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat wird beauftragt, mit der Gruppe Kabelwerk Brugg eine Gesamtschau über unter anderen folgende Themenbereiche noch vor der Volksabstimmung vorzunehmen:

- Erneuerung Klosterzelg / Reutenen
- Vermietung der 38 Parkplätze entlang der unteren Klosterzelgstrasse
- Einfluss geplantes Projekt Tower
- Einräumung eines öffentlichen Fusswegrechtes durch das Areal hindurch zwischen der Unteren Klosterzelgstrasse und der Industriestrasse

#### Teilprojekt 1

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Genehmigung der Verpflichtungskredite zulasten der Investitionsrechnungen der Einwohnergemeinde und den Spezialfinanzierungen Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Elektrizitätsversorgung.

#### Teilprojekt 2

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Genehmigung der Verpflichtungskredite zulasten der Investitionsrechnungen der Einwohnergemeinde und den Spezialfinanzierungen Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Elektrizitätsversorgung.

#### Teilprojekt 3

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Genehmigung der Verpflichtungskredite zulasten der Investitionsrechnungen der Einwohnergemeinde und den Spezialfinanzierungen Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung und Elektrizitätsversorgung.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Ich äussere mich nochmals zu diesem Geschäft. Zu den eingereichten Anträgen gibt es teilweise bereits Antworten. Wir haben Parkplätze an die Kabelwerke vermietet. Für die Benutzung des öffentlichen Grundes besteht eine Rechtsgrundlage. Die daraus resultierende Kostenpflicht fordert der Gemeinderat selbstverständlich ein.

In meiner Neujahrsansprache habe ich über Spuren gesprochen, die wir hinterlassen. Die Geschehnisse im Vorfeld der heutigen Sitzung haben Gemeinderat und Verwaltung betroffen gemacht und sie haben Spuren hinterlassen. Matthias Treier wurde im November als neues Mitglied des Gemeinderates gewählt, anschliessend hat die Amtsübergabe mit seinem Vorgänger stattgefunden. Matthias Treier hat in diesem Gespräch immer wieder die Frage gestellt, ob er alle wichtigen Informationen erhalten habe. Auf dieser Basis hat er seine Arbeit im Gemeinderat aufgenommen. Der Gemeinderat hat Matthias Treier angeboten, dass ein Ratsmitglied mit langjähriger Erfahrung dieses Geschäft vertritt. Gestützt auf die erhaltenen Informationen sah sich Matthias Treier in der Lage, das Geschäft selbst zu vertreten. Dann sind wir mehr als überrascht worden. Ich habe es in meiner Neujahrsansprache erwähnt, der Inhalt von E-Mails gelangt sehr schnell an die Öffentlichkeit. Vom Versand bis heute hat diese Botschaft einen unglaublichen Mailverkehr ausgelöst. Der Gemeinderat wurde mit Mailinhalten und Dokumenten konfrontiert, von denen er keine Kenntnis hatte, die in der Aktenablage des Gemeinderates unauffindbar waren. So musste er erfahren, dass eine Studie über die gesamte Sanierung der Klosterzelgstrasse erarbeitet wurde. Immer wieder war in den Mails von einem Schreiben der Kabelwerke zu lesen, ein Schreiben, das im Gemeindehaus ebenfalls nicht vorhanden ist. Mehrere Nachfragen waren notwendig, bis ich gestern Abend dieses Schreiben vom vorherigen Ressortvorsteher erhalten habe. Dieses Schreiben ist weder auf offiziellem Briefpapier gedruckt, noch ist es unterschrieben. Es ist kein offizielles Dokument und hat keine Rechtsgültigkeit. Natürlich kann ich mit diesem Schreiben bei den Kabelwerken trotz fehlender Rechtsgrundlage einen Beitrag verlangen, zudem hat es ein anderes Projekt zum Inhalt. Matthias Treier hat die bei der Amtsübergabe erhaltenen Informationen zu jedem Projekt schriftlich erfasst. Trotz wiederholter Nachfrage hat er keine weiteren Informationen erhalten. Der Gemeinderat wurde deshalb vom Mailverkehr mehr als überrascht. Wir haben uns sehr bemüht, damit wir heute alle notwendigen Auskünfte geben können. Die Amtsübergabe ist nicht nach meinen Vorstellungen abgelaufen. Wahrscheinlich muss ich inskünftig die Amtsübergabe überprüfen und darauf achten, dass wirklich alle Unterlagen und Informationen weitergegeben werden.

Matthias Treier hat kein einfaches Erbe angetreten, viele Projekte sind in Bearbeitung. Ich hoffe, dass sich nicht bei jeder Vorlage wiederholt, was wir bei diesem Geschäft erlebt haben.



6 2016.11

**Verpflichtungskredit 2. Tranche Inlinersanierung 2015/16 Umsetzung GEP;  
Vorbereitungsarbeiten Phase 2**

(Botschaft vom 1. Dezember 2015)

Matthias Treier, Gemeinderat: Die Zeitspanne ist bei dieser Vorlage sehr beeindruckend. Die ersten Kanalfernsehaufnahmen stammen aus den Jahren 1993/94. Die Umsetzung dieser Vorlage ist immer noch sehr wichtig. Eine frühere Umsetzung hat die finanzielle Situation der Spezialfinanzierung nicht zugelassen. Bevor die Abwasserleitungen saniert werden können, muss deren Zustand neu erfasst werden. Die vor 20 Jahren gemachten Aufnahmen entsprechen nicht mehr der heutigen Situation. Die Kanalfernsehaufnahmen sind äusserst wichtig, damit die Umsetzung dieser Sanierung gut geplant und eine seriöse Vorlage ausgearbeitet werden kann. Der Gemeinderat beantragt, dieser Vorlage zuzustimmen.

Werner Rupp, Sprecher FiGPK (SVP): Die FiGPK empfiehlt die Genehmigung des Kredites.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Martin Schibli (EVP): Wir unterstützen diese Vorlage. Bedenklich ist, dass sehr viel Zeit vergangen ist, bis diese Sanierungen bearbeitet wurden. Aber nun wird alles besser und wir hoffen, dass nach den Vorbereitungsarbeiten für die Phase 2 die Sanierungsmassnahmen in Angriff genommen werden.

Werner Rupp (SVP): Wir stimmen diesem Kredit zu. Wir hoffen, dass bei der nächsten Erneuerung in 20 Jahren mehr Geld zur Verfügung steht als heute.

Marc Keller (CVP): Die Notwendigkeit dieser Vorlage ist unbestritten und mit den Arbeiten ist ohne weitere Verzögerung zu beginnen. Wir stimmen Antrag 1 zu. Antrag 2 erachten wir nicht als kosteneffizient. Ist es sinnvoll, nochmals für sehr viel Geld eine Gesamtübersicht zu erarbeiten? Die Leitungen sind seit den letzten Aufnahmen durchschnittlich alle gleich älter geworden. Neue Aufnahmen verzögern die Sanierungen um zwei Jahre. Mit diesem Geld können wir in dieser Zeit einige Kanalisationsleitungen er-

neuern. Im schlimmsten Fall müssen in 5 bis 7 Jahren die zu sanierenden Abschnitte nochmals mit Aufnahmen erfasst werden. Wir bevorzugen das bisherige Vorgehen, die Verantwortlichen Tiefbau entscheiden aufgrund der bestehenden Aufnahmen. Der zu sanierende Abschnitt wird gefilmt, anschliessend wird mit den Arbeiten begonnen. In 10 bis 15 Jahren erneuern wir die Kanalisation und starten dann wieder von vorne. Die laufende Etappe beweist, die Sanierung der Kanalisationsleitungen funktioniert mit den bestehenden Aufnahmen. Es ist wichtig, dass nicht mehr Zeit und Geld für neue Aufnahmen investiert werden, mit den Arbeiten ist sofort zu beginnen. Wir lehnen Antrag 2 ab und reichen folgenden Änderungsantrag ein: „Der Einwohnerrat bewilligt für die Umsetzung GEP, 2. Phase, einen Bruttokredit von Fr. 420'000.00, zuzüglich Teuerung ab Januar 2016 zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasser für die nächste Sanierungsetappe zu planen und auszuführen wie Phase 1.“ Die Vorlage selbst ist unübersichtlich und verwirrend. Es wäre vorteilhaft den genauen Standort in der Botschaft anzugeben.

Martin Gautschi (FDP): Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen, die Finanzierung erfolgt zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasser. Es ist wichtig, dass eine Gesamtschau erarbeitet wird.

Nadine Fischer (SP): Bei diesem Geschäft waren wir uns schnell einig. Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen, zudem ist die Spezialfinanzierung Abwasser finanziell gesund. Erfreulich ist, dass die Sanierungskosten während des langen Zeitraums gesunken sind. Wir stimmen beiden Anträgen zu.

Matthias Treier, Gemeinderat: Die Aussage der CVP über die gleichmässige Alterung der Leitungen in den letzten Jahren ist eine Vermutung. Wurzeln wachsen zufällig in die Leitungen hinein und niemand weiss, wo dies passiert. Natürlich wird die normale Abnutzung bei allen Leitungen ähnlich verlaufen sein. Die Schadenfälle, abgebrochene Teilchen, Risse oder eben Wurzeleinbrüche lassen sich ohne neue Aufnahmen nicht bestimmen. Die neuen Aufnahmen dienen auch als Update für die koordinierte Werterhaltung. Wir brauchen die Aufnahmen um den effektiven Handlungsbedarf zu eruieren und den Abgleich mit den anderen Werken vorzunehmen.

Die Umsetzung des CVP-Vorschlages birgt grosse Risiken in sich. Die Kosten können schlecht geschätzt werden. Wenn wir Glück haben, fahren wir günstiger, wenn wir Pech haben, wird es viel teurer, weil wir beim Öffnen der Schächte böse Überraschungen erleben. Die Kanalaufnahmen sind wichtig, damit wir wissen, was auf uns zukommt.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Genehmigung Phase 1 der Umsetzung der Inliner-Sanierung 2016 und einem Bruttokredit von Fr. 210'000.00 zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasser.

Gegenüberstellung Antrag Gemeinderat / Antrag CVP

Stimmen Antrag Gemeinderat	33
Stimmen Antrag CVP	5

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja- gegen 3 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Genehmigung der Vorbereitungsarbeiten der Phase 2 der Umsetzung des GEP und einem Bruttokredit von Fr. 420'000.00, zuzüglich Teuerung ab Januar 2016 (ZH WBK-Index Basis April 2010, 102.3 Punkte) zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasser.

**7** 2016.14

**Ersatzwahl Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2014/2017**

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Karin Hefti hat ihren Rücktritt aus der FiGPK per 20. Januar 2016 bekanntgegeben. Zwei Wahlvorschläge wurden eingereicht. Der erste Wahlvorschlag kommt von der CVP-Fraktion, sie schlägt Therese Rickenbacher vor.

Barbara Scheidegger (CVP): Die FiGPK ist eine wichtige Kommission des Einwohnerrates. Mit Karin Hefti verlieren wir eine ausgewiesene Fachperson, die viel finanztechnisches Wissen eingebracht und Akzente gesetzt hat. Wir danken ihr für die geleistete

Arbeit herzlich. Als Nachfolgerin schlagen wir Therese Rickenbacher vor. Sie hat im Herbst als Gemeinderätin kandidiert und möchte sich gerne für Windisch einsetzen. Sie ist 62 Jahre alt, verheiratet, hat eine erwachsene Tochter und lebt seit 36 Jahren in Windisch. Ich lese nicht mehr weiter aus dem Wahlprospekt vor, sondern beleuchte ihre beruflichen Qualifikationen. Therese Rickenbacher kommt aus dem Pflegebereich und hat ein Nachdiplomstudium in Betriebswirtschaft abgeschlossen. Seit 22 Jahren ist sie in leitender Funktion in verschiedenen Pflegeheimen tätig. In dieser Stellung arbeitet sie seit 8 Jahren im Länzerthus und trägt die Gesamtverantwortung eines KMU's mit rund 100 Angestellten und einem Budget von 10 Mio. Franken. Im Moment leitet sie auch das Neubauprojekt mit einem Investitionsvolumen von 36 Mio. Franken. Therese Rickenbacher bringt nebst ihrer Führungserfahrung auch Fachkenntnisse in finanztechnischen Belangen mit. Sie ist verantwortlich für den wirtschaftlichen Erfolg des Länzerthus. Budget einhalten, Erfolgskontrolle, Kennzahlen, Finanzreporting, Qualitätssicherung, Risikobeurteilung werden von ihr täglich angewandt. Sie hat auch eine gute Beziehung zu den Bewohnern. Wir sind stolz, Therese Rickenbacher zur Wahl in die FiGPK vorschlagen zu können.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Ein weiterer Vorschlag ist von der FDP-Fraktion eingereicht worden. Sie schlägt Daniel Staudenmann zur Wahl vor.

Bruno Kaufmann (FDP): Ich stelle Daniel Staudenmann gerne vor. Nach der Demission von Karin Hefti haben wir versucht einen Ersatz zu finden. Es hat sich wieder bestätigt, dass es nicht einfach ist, Leute für die FiGPK zu finden. Matthias Knecht und ich haben Daniel Staudenmann über seine Aufgabe informiert und waren sehr froh, dass er am Montag zugesagt hat. Daniel Staudenmann studiert Medizin in Bern. Er hat die Kanti in Wettingen mit der schweizerischen und internationalen Matur, mit Schwerpunkt Wirtschaft und Recht, abgeschlossen. Während der Kanti hat er sich mit einer Applikatur Geld verdient. Er kennt sich aus mit Rechtsgeschäften. Seine Maturarbeit handelte von Start-ups im Silicon Valley. In seiner Freizeit treibt er Sport und arbeitet freiwillig in einer Austauschorganisation und einer Stammzellenspende-Organisation mit. Beim wöchentlichen gemeinsamen Joggen habe ich festgestellt, dass sein Leistungsausweis nicht nur schulisch beeindruckend ist. Ich bin überzeugt, dass er in der FiGPK sehr schnell seinen Beitrag leisten kann.

Bruno Graf, Präsident FiGPK (SP): Für mich als Präsident der FiGPK ist diese Wahl von grossem Interesse. Schade hatte ich von der Kandidatur von Daniel Staudenmann kei-

ne Kenntnis, mit Therese Rickenbacher hatte ich bereits telefonischen Kontakt. Im Gespräch habe ich das grosse Interesse, sich für Windisch einzusetzen, gespürt. Dieses ist sicher auch bei Daniel Staudenmann vorhanden und ich hoffe, dass der Einwohner-rat die richtige Entscheidung trifft. Wir werden die gewählte Person ihren Fähigkeiten entsprechend gerne in die Arbeit der FIGPK einführen.

Fredy Bolt (SP): Ich kenne Therese Rickenbacher nicht sehr gut, würde mich aber auf eine Zusammenarbeit mit ihr freuen. Aus Sicht ihrer Funktion wäre sie eine Bereicherung für die FIGPK. Mit Karin Hefti geht sehr viel betriebswirtschaftliche Kompetenz verloren und Therese Rickenbacher wird ihr Know-How in der Kommission einsetzen können. Ich werde meine Stimme Therese Rickenbacher geben.

Philipp Ammon (SVP): Ich finde es toll, dass Daniel Staudenmann persönlich anwesend ist. Ich mache Werbung für einen jungen Mann, der nicht ein langjähriges Know-How mitbringt, dafür eine andere Dynamik und das Denken einer anderen Generation einbringt. Ich stimme für Daniel Staudenmann.

#### Geheime Abstimmung

Ausgestellte Stimmzettel	38
Eingelegte Stimmzettel	38
Leere Stimmzettel	<u>0</u>
In Betracht fallende Stimmzettel	38
Gültige Stimmzettel	38
Absolutes Mehr	20

#### Stimmen haben erhalten:

Therese Rickenbacher	20
Daniel Staudenmann	18

#### Gewählt ist:

Therese Rickenbacher

8 2016.12

**Motion Philipp Umbricht (FDP) und Mitunterzeichner betreffend Einführung eines internen Kosten-Kontrollsystems; Beantwortung**

(Botschaft vom 7. Dezember 2015)

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Dieses Thema beschäftigt den Gemeinderat seit längerer Zeit. Insbesondere die Art und Weise der Einführung gab viel zu diskutieren. Es war uns wichtig, dass das Verfahren durch die Verwaltung mitgetragen wird. Der Gemeinderat beantragt die Motion abzuschreiben.

Karin Hefti, Sprecherin FiGPK (FDP): Dieses zentrale Thema hat uns in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt. Bei verschiedenen Kreditabrechnungen wurden die Vorgaben des Kantons nicht eingehalten. Verschiedene Kredite, beispielsweise Bestandswahrung Pensionskasse oder Sanierung Bezirksschulhaus, wurden durch den Gemeinderat eigenmächtig überschritten. Die Gründe waren systembedingt, da die Kredite nicht genügend überwacht und der Überblick über die Verpflichtungen verloren ging. Bei der Sanierung des Bezirksschulhauses war vor der Auftragsvergabe klar, dass der Kreditrahmen nicht eingehalten werden kann. Diese unhaltbare Situation hat dazu geführt, dass der Einwohnerrat im Oktober 2014 die Einführung eines internen Kosten-Kontrollsystems gefordert hat.

Im Juni 2015 hat der Gemeinderat den Aufbau eines integrierten Management-Systems in Angriff genommen. Dieses soll bis Ende 2017 abgeschlossen werden. Die wichtigsten Geschäftsprozesse werden dokumentiert, so auch der Prozess Verpflichtungskredit. Die FiGPK begrüsst das priorisierte Vorgehen und dankt der Verwaltung für die Aufbauarbeit. Wir sind bezüglich Abbildung der Prozesse auf einem Allzeithoch. Die FiGPK hat Zweifel, ob mit diesem Set-Up die Einhaltung der Kreditrahmen gesichert ist. Vor der Auftragsvergabe gilt folgende Regelung: „Wenn aufgrund der Offerten eine Kreditüberschreitung von mehr als 10 % zu erwarten ist, so legt der Gemeinderat zusammen mit der FiGPK das weitere Vorgehen fest“.

Die Haltung des Gemeinderates ist falsch. Er akzeptiert bereits vor der Auftragsvergabe eine Überschreitung von 10%, anstatt eine Reserve einzubauen. Damit wird impliziert, dass Kreditüberschreitungen von 10 % in Ordnung sind. Tatsache ist, dass der Kostenvoranschlag beim Projektbeginn tiefer ausfällt, als die Kosten beim Projektende. Mehrkosten entstehen durch Projektänderungen und/oder Zusatzkosten für Unvorhergesehenes. Deshalb sind Kreditüberschreitungen von mehr als 10 % am Schluss nicht auszuschliessen. Ein Projekt darf nicht gestartet werden, wenn bereits bei Beginn klar

ist, dass der Kostenrahmen nicht eingehalten werden kann. Im Zeitpunkt der Auftragsvergabe dürfen Verpflichtungen bis max. 100 % des Verpflichtungskredites eingegangen werden. Grundsätzlich ist eine Reserve einzubauen, diese ist in Abhängigkeit zum Projektrisiko festzulegen. Kann der Kostenrahmen vor Auftragsvergabe nicht eingehalten werden, ist der Kredit nochmals vorzulegen, so wie es das Gemeindegesetz vorsieht.

Der Kostenrahmen bei Verpflichtungskrediten muss in Zukunft zwingend eingehalten werden. Die Vergangenheit darf sich nicht mehr wiederholen. Die FiGPK empfiehlt deshalb, die Motion noch nicht abzuschreiben. Die Kompetenzen des Gemeinderates sind gestützt auf das kantonale Recht zu fixieren. In einem Jahr soll der Gemeinderat einen Entwicklungsbericht zum integrierten Management-System vorlegen.

Philipp Umbricht (FDP): Die Botschaft ist sehr knapp ausgefallen, dafür sind die Beilagen umfassend. Das gestaffelte Vorgehen zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Motion soll noch nicht abgeschrieben werden, ein Papier zum Internen Kontrollsystem fehlt. Es liegt nur ein Konzept vor, welches das Vorgehen aufzeigt. Die konkrete Umsetzung liegt noch nicht vor.

Inhaltlich muss ich einige Punkte erwähnen. Ich zitiere aus dem Handbuch Rechnungswesen Gemeinden: „Der Verpflichtungskredit setzt den Höchstbetrag fest, bis zu welchem der Gemeinderat ermächtigt ist, für bestimmte Vorhaben finanzielle Verpflichtungen einzugehen“. Es ist nicht tolerierbar, dass eine Kreditüberschreitung von 10% akzeptiert werden soll. Ist die Realisierung eines Projektes noch nicht im Gange, kann dieses problemlos verschoben und der notwendige Zusatzkredit eingeholt werden. Andernfalls ist das Projekt abzubrechen. Die im Konzept vorgesehene Regelung darf nie in der definitiven Fassung Eingang finden. Das Vorgehen bei drohenden Kreditüberschreitungen entspricht den gesetzlichen Vorgaben. Hier darf mehr Ehrgeiz gezeigt werden.

Wir sind mit Engagement auf dem richtigen Weg, aber noch nicht am Ziel. Einige Punkte sind noch zu klären, deshalb ist die Abschreibung der Motion abzulehnen.

Marcel Mösch (SP): Das vorliegende Konzept ist als Grundlage für ein konkretes Papier mit verbindlichen Massnahmen sicher nicht schlecht. Vieles fehlt jedoch. Diesem wachsenden Pflänzchen gilt es Sorge zu tragen, damit es für unsere Gemeinde auch einmal einen Nutzen hat. In unserer Fraktion herrschen unterschiedliche Meinungen, die Mehrheit befürwortet die Abschreibung der Motion.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Die Basis steht. Die Motion verlangt die Einführung, das Konzept erfüllt dieses Begehren. Ich bitte die Motion abzuschreiben. Kontrollorgan ist die FiGPK. Diese wird überprüfen ob wir auf dem richtigen Weg sind und wir werden jährlich Bericht erstatten.

#### Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 14 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Die Abschreibung der Motion Philipp Umbricht (FDP) und Mitunterzeichner betreffend „Einführung eines internen Kosten-Kontrollsystems“ wird abgelehnt.

9 2016.08

#### **Motion Christian Locher (SVP) und Mitunterzeichner betreffend Projektbezogenes Qualitätsmanagement; Beantwortung**

(Botschaft vom 7. Dezember 2015)

Marco Valetti (SVP): Der Motionär dankt für die geleistete Arbeit und ist mit der Abschreibung einverstanden.

Barbara Scheidegger (CVP): Wir haben die Beantwortung genau geprüft und danken für die Arbeit. Der Gemeinderat will die Arbeitsqualität der Verwaltung verbessern. Dazu haben wir Kritik anzubringen. Die Einführung eines umfassenden Qualitätsmanagement ist sehr kosten- und zeitintensiv. Ich spreche aus eigener Erfahrung, es besteht die Gefahr, dass ein Eigenleben entwickelt wird. Wir erachten als sehr kritisch, dass für die Definition der Prozesse genau diejenigen Mitarbeiter mit dem grössten Know-How zusätzlich belastet werden. Dies schränkt die Kapazität für laufende Projekte oder das tägliche Geschäft sehr stark ein. Kritisch ist auch, dass sich nicht alle Mitarbeitenden mit dem prozessorientierten Arbeiten anfreunden können und die Handbücher in der Schublade verstauben. Das ausgearbeitete integrierte Managementsystem ist ein bis zwei Jahre anzuwenden und auf seine Wirksamkeit zu überprüfen. Dies heisst für uns, effizientere Verwaltungsabläufe, kürzere Bearbeitungszeitungen, weniger Koordinations-sitzungen, klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, termingerechte Ent-



scheidungen, funktionierende Dokumentationen. Diese Anforderungen sind auch ohne Qualitätsmanagement zu erfüllen. Das Qualitätsmanagement dokumentiert zusätzlich messbare Verbesserungen. Dieses ist nach zwei Jahren nur weiter auszubauen, wenn der Nutzen klar beziffert werden kann. Wir haben deshalb noch eine Anfrage eingereicht.

Philipp Ammon (SVP): Ich äussere mich als Mitunterzeichner. Ich habe mit Christian Locher Rücksprache genommen. Um besser zu werden, muss man investieren. Der gleiche Fehler sollte nicht wieder passieren. Qualitätsmanagement ist eine Zukunftsinvestition. Auslöser dieser Motion war die Sanierung des Bezirksschulhauses. So etwas darf nicht mehr passieren. Christian Locher und ich sind mit der geleisteten Arbeit zufrieden und wir werden überprüfen, dass diese auch in Zukunft umgesetzt wird.

Stefan Fehlmann (EVP): Wir erachten die Beantwortung als gut. Qualität ist für alle wichtig, nur was heisst Qualität? Ich habe eine Definition: „Es ist eine Übereinstimmung von Leistung gegenüber den Ansprüchen der Kunden“. Es ist immer eine Frage der Definition. Wir hoffen, dass die vorhandene Qualität weiter verbessert werden kann. Die neuen Strukturen sollen helfend, aber nicht einengend wirken, der gesunde Menschenverstand soll weiterhin einen hohen Stellenwert haben. Wir stimmen der Abschreibung zu.

Philipp Umbricht (FDP): Wir hatten vorher Diskussionen über einen Brief, bei dem nicht sicher war ob es ihn gibt, schliesslich wurde er doch noch gefunden. Es kann sich jeder selbst ausrechnen, wie viele Stunden investiert werden mussten, um diesen Brief zu finden. Wäre die Ablageorganisation eingehalten worden, hätte man sehr schnell herausgefunden, ob es diesen Brief gibt oder eben nicht. Dies ist nur ein Beispiel, das Qualitätsmanagement ist notwendig. Am Anfang bedeutet es einen Mehraufwand, später wird es Normalität und verbessert die Arbeitsqualität.

#### Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja- gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

#### B e s c h l u s s :

Die Motion betreffend „Konzept über ein Projektbezogenes Projektmanagement“ vom 29. Oktober 2014 wird abgeschrieben.

## **10 Beantwortung von gestellten Fragen**

Kleine Anfrage CVP Windisch „Integriertes Managementsystem“

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Das Projekthandbuch konnte in der Aktenauf-  
lage eingesehen werden. Den grössten Anteil leistet André Gigandet, welcher sehr viel  
Erfahrung im Prozessmanagement mitbringt. Roland Schneider arbeitet seit dem ers-  
ten Arbeitstag mit Prozessmanagement, Marco Wächter hat einige Weiterbildungskurse  
zu diesem Thema besucht. Dieses Projektteam arbeitet ohne externen Berater. Ziel ist,  
die Prozesse auf die Bedürfnisse unserer Gemeinde abzustimmen. Wir gehen davon  
aus, dass ein Arbeitsumfang von 10% dafür eingesetzt werden muss. Im Rahmen der  
Budgetdebatte haben wir die entsprechenden Positionen erläutert. Wir wollen effizien-  
ter werden und das Angebot an digitalen Dienstleistungen erweitern und das Verwal-  
tungspersonal entlasten. Es werden Kosten entstehen, die Digitalisierung ist nicht gra-  
tis zu haben. Gemäss Finanzplan rechnen wir in den Jahren 2017 und 2018 mit rund  
Fr. 250'000.00. Zum Nutzen: Es wurde bereits mehrere Male erwähnt, es geht um Effi-  
zienzsteigerung, Kundenfreundlichkeit, Digitalisierung. Detaillierte Informationen kön-  
nen dem Handbuch entnommen werden. Ziel ist, das Wachstum der Gemeinde so auf-  
zufangen, dass nicht viel zusätzliches Personal benötigt wird.

Die erste Phase konnte Ende Jahr abgeschlossen werden, die zweite ist in Bearbeitung  
und wird Ende Februar fertig sein. Für die Systemumsetzung geben wir uns ein Jahr  
Zeit, Ende 2017 wird ein Audit durchgeführt. Die ganzen Auswirkungen des Prozess-  
managements werden somit im Budget 2018 ersichtlich sein. Die Bearbeitung erfolgt in  
Etappen, wenn Zeit und Ressourcen dafür zur Verfügung stehen.

## **11 Mitteilungen des Gemeinderates**

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP):

Referendum Strassenbeleuchtung

Dieses ist zustande gekommen, die Volksabstimmung findet am 28. Februar 2016 statt.

Raum Brugg-Windisch

Dem Gemeinderat steht ein arbeitsintensives Jahr bevor. Die BNO-Revision wird uns stark beschäftigen. Einige Personen aus dem Rat wurden bereits für eine Mitarbeit bei dieser Revision angefragt.

Schulraumplanung

Dem Gemeinderat wird Ende Februar die Schulraumplanung vorgestellt. Dann wissen wir, welche Investitions- und Unterhaltskosten auf uns zukommen. Der Gemeinderat wird sich intensiv mit dem weiteren Vorgehen in einem ersten Block damit auseinandersetzen. Es ist vorgesehen, zu diesem Thema Finanzworkshops in relativ kurzen Abständen durchzuführen. Es ist bei diesem Projekt wichtig, dass frühzeitig und gut kommuniziert wird, dass wir aber auch Inputs von Seiten des Einwohnerrates erhalten. Wir hoffen, dass wir die Finanzpläne bis zur Budgetphase überarbeitet und den neuen Gegebenheiten angepasst haben. Der neue Finanz- und Lastenausgleich wird ebenfalls einfließen. Wir gehen davon aus, dass er per 1. Januar 2017 in Kraft tritt. Wir müssen rechtzeitig Angaben über die Investitionssummen und die Schuldenentwicklung haben. Diese wiederum steht in Zusammenhang mit der Entwicklung des Steuerfusses. Besten Dank für die aktive Mitarbeit.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP):

Heizungszentrale Bezirksschulhaus

Beim ersten Kälteeinbruch und den ersten Schneeflocken ist die Heizung im Bezirksschulhaus total ausgefallen. Ursache war ein Schwellbrand im Schaltschrank. Dank dem schnellen Eingreifen des Hauswarts und der sofortigen Alarmierung der Feuerwehr konnte schlimmeres verhindert werden. Wir haben mit verschiedenen Unternehmungen die Ursache geprüft. Glücklicherweise konnten im Bereich der Steuerung- und Elektrotechnik alle beschädigten Komponenten ersetzt werden. Hauptursache war die grosse

Kesselpumpe am Brenner. Diese hatte eine Überspannung, was zum Schwellbrand geführt hat. Parallel wurde der Betrieb einer Notheizung organisiert, sodass die Kinder am Montag wieder ohne Jacke am Schulunterricht teilnehmen konnten.

Christoph Haefeli, Gemeinderat (SP):

Soziale Dienstleistungen Region Brugg

Im Herbst hat der Einwohnerrat dem Beitritt zum Gemeindeverband „Soziale Dienstleistungen Region Brugg“ zugestimmt und die erforderlichen Mittel genehmigt. Per 1. Januar 2016 wurden die Vereine KESD, Mütter- und Väterberatung und Jugend- und Familienberatung zu diesem Verband zusammengeschlossen. 30 Mitarbeiter arbeiten für diesen Verband. Neuer Präsident ist Reto Wettstein, Stadtrat Brugg, als Geschäftsführerin wurde Gabriela Oeschger angestellt. Grosse Umwälzungen sind nicht notwendig, trotzdem gibt es verschiedene Änderungen. Die Strukturen, Reglemente und Abläufe müssen neu geregelt werden. Die Mitarbeitenden erhalten per 1. Juni 2016 einen neuen Arbeitsvertrag mit Besitzstandswahrung. In Planung ist auch, die Sozialen Dienstleistungen an einem Standort in Brugg zu konzentrieren. Dies wird erst per 1. Januar 2017 möglich sein.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP):

Teilnahme an Fraktionssitzungen

Der Gemeinderat unterbreitet teilweise sehr komplexe Botschaften. Die EVP- und CVP-Fraktion sind im Gemeinderat nicht vertreten. Allenfalls besteht in diesen Fraktionen das Bedürfnis, dass ein Gemeinderat diese Geschäfte in der Fraktion vorstellt. Wir bieten diese Möglichkeit gerne an, weil es wichtig ist, dass alle Fraktionen gegenüber dem Gemeinderat Stellung nehmen und Fragen stellen können. Dies beruht auf Gegenseitigkeit. Beide Fraktionen dürfen gerne für die Teilnahme eines Gemeinderates an der Fraktionssitzung anfragen. Andererseits werden wir bei komplexen Geschäften anfragen, ob eine Teilnahme des Gemeinderates in Ordnung ist.

## **12 Neueingänge**

Postulat Fredy Bolt (SP) „Beteiligung der Kabelwerke Brugg an der Sanierungs- und Erneuerung von Strassenabschnitten“



Gemeinde Windisch  
Protokoll des Einwohnerrates  
Sitzung vom 20. Januar 2016

Seite:  
37

---

Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr

---

EINWOHNERRAT WINDISCH  
Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: